

Russland: Häusliche Gewalt

Auskunft der SFH-Länderanalyse

Bern, 21. Februar 2025

Impressum

Herausgeberin
Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH)
Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
IBAN : CH92 0900 0000 3000 1085 7

Sprachversionen
Deutsch

COPYRIGHT
© 2025 Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Ungenügender Schutz vor häuslicher Gewalt	4
2.1	Verbreitung	4
2.2	Ungenügender Schutz vor häuslicher Gewalt durch die Behörden	4
2.3	Ungenügender Schutz vor sexueller Gewalt	6
2.4	Schutz vor Gewalt gegen Frauen im Nordkaukasus	7
2.5	Hindernisse bei Schutzsuche für Betroffene wegen fehlendem internen Pass	8
3	Quellen	9

Dieser Bericht basiert auf Auskünften von Expert*innen und auf eigenen Recherchen. Entsprechend den COI-Standards verwendet die SFH öffentlich zugängliche Quellen. Lassen sich im zeitlich begrenzten Rahmen der Recherche keine Informationen finden, werden Expertinnen und Experten beigezogen. Die SFH dokumentiert ihre Quellen transparent und nachvollziehbar. Aus Gründen des Quellenschutzes können Kontaktpersonen anonymisiert werden.

1 Einleitung

Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

1. Erhalten von häuslicher Gewalt betroffene Personen von den russischen Behörden Schutz?
2. Bestehen bei der Schutzsuche an einem anderen Ort Hindernisse, wenn eine Person über keinen gültigen Inlandpass verfügt?

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) beobachtet die Entwicklungen in Russland seit mehreren Jahren.¹ Aufgrund von Auskünften von Expert*innen und eigenen Recherchen nimmt die SFH zu den Fragen wie folgt Stellung:

2 Ungenügender Schutz vor häuslicher Gewalt

2.1 Verbreitung

Häusliche Gewalt ist ein ernsthaftes Problem in Russland. Häusliche Gewalt ist nach Angaben des *US Department of State (USDOS)* nach wie vor ein grosses Problem in Russland. Das russische Gesetz enthält weder eine Bestimmung über häusliche Gewalt noch eine Legaldefinition von häuslicher Gewalt, so dass es schwierig ist, die tatsächliche Prävalenz im Land zu ermitteln (USDOS, 2024). Gewalt gegen Frauen ist nach Einschätzung von *Mariana Katzarova, UN Special Rapporteur on the situation of human rights in the Russian Federation*, weit verbreitet, da es keinen gesetzlichen Schutz gegen häusliche Gewalt gebe. Online-Umfragen legen nahe, dass die Prävalenz von Partnergewalt gegen Frauen bis zu 38,2 Prozent beträgt, was sowohl über dem weltweiten wie auch dem europäischen Durchschnitt von 30 Prozent liegt (HRC, September 2024).

Etwa 2300 Frauen starben in Russland zwischen 2022 und 2023 als Folge von häuslicher Gewalt, fast alle wurden durch ihren Partner getötet. Gemäss den Untersuchungen eines Konsortiums von russischen Frauen-NGOs starben im Zeitraum 2022-2023 mindestens 2284 Frauen als Folge von häuslicher Gewalt, 93 Prozent von ihnen wurden von ihren Partnern getötet (RFE/RL, 2025).

2.2 Ungenügender Schutz vor häuslicher Gewalt durch die Behörden

Kein spezifisches Gesetz, das geschlechtsspezifische Gewalt bestraft. Schutz von Frauen und Mädchen vor geschlechtsspezifischer Gewalt unzureichend. In Russland gibt es nach Angaben der *UN-Sonderberichterstatterin Mariana Katzarova* kein spezielles Gesetz, das geschlechtsspezifische Gewalt unter Strafe stellt, und auch der rechtliche Schutz von Frauen und Mädchen ist unzureichend. Es gibt weder eine gesetzliche Definition von häuslicher Gewalt noch ein umfassendes System, das auf die Bedürfnisse der Opfer eingeht. Im

¹ www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen/herkunftslanderberichte.

Jahr 2021 stellte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) fest, dass das russische Rechtssystem in Fällen von häuslicher Gewalt strukturell und systemisch nicht funktioniert (UN General Assembly, Oktober 2024).

Schwere Körperverletzung gegen Familien- oder Haushaltsmitglieder wurde 2017 entkriminalisiert. Erstmalige, nicht schwere Körperverletzung gegen Familien- oder Haushaltsmitglieder wurde 2017 entkriminalisiert und zu einer Ordnungswidrigkeit erklärt, deren Strafe deutlich geringer ist als ein Bussgeld beim Parken. Dies deutete laut *Mariana Katzarova* darauf hin, dass die russische Regierung häusliche Gewalt nicht mehr als schweres Verbrechen betrachte und Gewalt als Teil der «traditionellen Werte» normalisiert habe (UN General Assembly, Oktober 2024). Auch USDOS berichtet, dass das Gesetz Schläge von «nahen Verwandten» bei Ersttätern eher als Ordnungswidrigkeit denn als Straftat betrachtet, sofern die Schläge keine schweren Schäden verursachten, die eine Behandlung im Krankenhaus erforderlich machen (USDOS, 2024).

Überlebende müssen oft selbständig medizinische Beweise sammeln und eine Klage verfassen und einreichen. Das Gesetz verbietet Drohungen, Übergriffe, Körperverletzungen und Tötungen, aber die meisten Fälle häuslicher Gewalt fallen nicht in die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft. Die Gesetze zur Körperverletzung sind laut USDOS sehr allgemein gehalten und erlauben es der Polizei nicht, strafrechtliche Ermittlungen einzuleiten, es sei denn, die Überlebenden erstatten Anzeige. Die Last der Beweiserhebung in solchen Fällen obliegt in der Regel den Überlebenden, und zwar durch ein Verfahren, das als «Privatklage» («*private prosecution*») bekannt sei, was nach Angaben des *ANNA Center*, einer russischen NGO, die im Bereich häusliche Gewalt arbeitet, die Überlebenden stark benachteiligt (USDOS, 2024). Auch *Mariana Katzarova* weist darauf hin, dass viele Fälle von häuslicher Gewalt als «Privatklage» behandelt werden. Das heisst, das Opfer muss selbständig medizinische Beweise sammeln, eine Klage verfassen und einreichen und den Fall dann vor Gericht bringen, ohne Unterstützung durch die Polizei oder die Staatsanwaltschaft (UN General Assembly, Oktober 2024).

Die Teilnahme am Ukraine-Krieg gilt in Strafverfahren zu häuslicher Gewalt als strafmildernd. Russische Gerichte verfügen bei Gewaltverbrechen über einen grossen Ermessensspielraum bei der Feststellung darüber, was einen mildernden Umstand darstellt (UN General Assembly, Oktober 2024). Dies kann für Täter*innen zu geringeren Strafen, wie zu kürzeren Gefängnisstrafen oder lediglich zu einer Geldstrafe führen (HRC, September 2024). Die russische Richterschaft hat entsprechend die Teilnahme am Ukraine-Krieg als strafmildernden Umstand gewertet, der zu einer geringeren Strafe in 87,5 Prozent der Strafverfahren wegen Körperverletzung und 61 Prozent in den übrigen Fällen im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt führte (UN General Assembly, Oktober 2024).

Gesetzesentwurf im September 2024, der Opfer häuslicher Gewalt weiter benachteiligt, und bei Scheidungswunsch dreimonatige «Versöhnungs»-Frist oder gar «Umerziehung» der Betroffenen vorsieht. *Radio Free Europe/Radio Liberty* berichtete im Januar 2025, dass ein Parlamentarier der regierenden Partei «Einiges Russland» im September 2024 einen Gesetzesentwurf vorgelegt habe, welcher vorsieht, dass Gerichte Ehepartner*innen, die sich scheiden lassen wollen, eine dreimonatige Frist zur Versöhnung einräumen und psychologische Beratungen für das Paar vorschreiben könne. Sollte das Gesetz in Kraft treten, müssten sich Paare auch einer «Umerziehung» unterziehen, wenn sie minderjährige Kinder haben oder wenn ein*e Ehepartner*in die Ehe aufrechterhalten möchte, während der oder die

andere dies nicht will. Nach Einschätzung des erwähnten Medienberichts erscheine dieser Teil des Gesetzesentwurfs als besonders bedrohlich für Opfer von häuslicher Gewalt (RFE/RL, 2025)

Polizei lehnt oft Anzeigen wegen häuslicher Gewalt ab und drängt auf Versöhnung des Opfers mit der Täterschaft. Nur etwa drei Prozent der Fälle kommen vor Gericht. USDOS berichtet, dass laut NGOs die Polizei oft nicht bereit sei, Anzeigen wegen häuslicher Gewalt anzunehmen, da es sich um «Familienangelegenheiten» handle. Auch rate sie Überlebenden häufig davon ab, Anzeige zu erstatten, und dränge sie stattdessen dazu, sich mit den Tätern zu versöhnen. Die meisten Fälle von häuslicher Gewalt, die bei den Behörden eingereicht wurden, wurden entweder aus technischen Gründen abgewiesen, oder sie wurden in ein Versöhnungsverfahren überführt, das von einem Friedensrichter geleitet wurde, dessen Schwerpunkt auf dem Erhalt der Familie und nicht auf der Bestrafung des Täters lag. NGOs schätzen, dass deshalb nur drei Prozent dieser Fälle schliesslich vor Gericht landeten (USDOS, 2024).

Keine Schutzverfügung und fehlendes Opferschutzsystem. Das Gesetz sieht keine Schutzverfügungen für von Gewalt Betroffene vor (UN General Assembly, Oktober 2024; USDOS, 2024). Expert*innen sind der Ansicht, dass Schutzanordnungen ein Instrument sein könnten, um Frauen vor wiederholter Gewalt durch ihre Partner zu schützen (USDOS, 2024). Das Fehlen eines Opferschutzsystems setzt die Opfer von häuslicher Gewalt dagegen weiteren Misshandlungen aus, da es sich beim Beschuldigten oft um den Ehemann oder den Intimpartner handelt, bei dem das Opfer auch wohnt. Vor allem in ländlichen und abgelegenen Gebieten fehlt es an Unterkünften und Opferhilfsdiensten (UN General Assembly, Oktober 2024).

Mehrheit der von häuslicher Gewalt Betroffenen nehmen aus Angst vor Vergeltung durch den Partner oder fehlendem Vertrauen in die Behörden keine Hilfe in Anspruch. Die NGO *ANNA Center* schätzt, dass 70 Prozent der Frauen, die häusliche Gewalt erfahren haben, keine Hilfe in Anspruch nehmen, weil sie Angst vor Vergeltung durch ihren Partner haben, sich in der Öffentlichkeit schämen, nicht finanziell unabhängig von ihrem Partner sind oder kein Vertrauen in die Strafverfolgungsbehörden haben (USDOS, 2024).

2.3 Ungenügender Schutz vor sexueller Gewalt

Gesetz sieht drei bis sechs Jahre Haft für Vergewaltigung vor. Das russische Gesetz stellt Vergewaltigung unter Strafe und sieht für einen Verwandten, einschliesslich eines Ehegatten oder Lebenspartners, der eine Vergewaltigung begeht, die gleiche Strafe vor wie für einen Nicht-Verwandten. Die Strafe für eine Vergewaltigung beträgt drei bis sechs Jahre Haft für ein einziges Vergehen, wobei bei erschwerenden Faktoren zusätzliche Strafen verhängt werden können (USDOS, 2024).

Viel zu enge Definition von Vergewaltigung in Strafgesetzbuch. Das Strafgesetzbuch enthält eine enge Definition von Vergewaltigung und anderen Sexualstraftaten, welche Nötigung, die Anwendung oder Androhung von Gewalt oder den Missbrauch des «hilflosen Zustands des Opfers» voraussetzt. Vergewaltigung in der Ehe wird nicht ausdrücklich anerkannt (UN General Assembly, Oktober 2024).

Strafverfolgung einer Vergewaltigung in Ehe keine Priorität der Behörden und Polizei reagiert unangemessen auf Anrufe wegen Vergewaltigung oder häuslicher Gewalt. Mit

Bezug auf NGOs berichtet USDOS, dass viele russische Strafverfolgungsbeamt*innen und Staatsanwaltschaften Vergewaltigungen in der Ehe oder im Bekanntenkreis nicht als Priorität betrachten und davon abraten, solche Fälle anzuzeigen oder zu verfolgen. NGOs berichteten, dass sich lokale Mitglieder der Polizeikräfte manchmal weigern, auf Anrufe wegen Vergewaltigung oder häuslicher Gewalt zu reagieren, es sei denn, das Leben des Opfers sei direkt bedroht. Die Behörden betrachten Vergewaltigung oder versuchte Vergewaltigung in der Regel nicht als lebensbedrohlich (USDOS, 2024).

Unangemessene Gerichtsverfahren forcieren Retraumatisierung der Opfer von Sexualstraftaten. Für Opfer von Sexualstraftaten kann die Erfahrung, vor Gericht zu gehen, retraumatisierend sein: Überlebende müssen ihre Aussagen in jeder Phase des Prozesses mehrfach wiederholen und die Täterschaft während der Verhandlung direkt konfrontieren. Andernfalls riskieren sie, dass das Verfahren eingestellt wird (UN General Assembly, Oktober 2024). Am 7. Februar 2023 entschied der EGMR, dass die russischen Behörden während einer Untersuchung des mutmasslichen sexuellen Missbrauchs einer Minderjährigen gegen Artikel 3 des Europäischen Übereinkommens gegen Folter verstossen haben. Die Überlebende gab an, die Ermittler hätten sie 23-mal befragt und sie in direkten Kontakt mit ihren Peinigern gebracht, wodurch sie retraumatisiert worden sei (USDOS, 2024).

Gesetzesänderungen erlauben Straftätern von häuslicher und sexueller Gewalt fast absolute Straflosigkeit, wenn sie der russischen Armee beitreten. Ein Gesetz vom Juni 2023 und nachfolgende Änderungen vom März und Oktober 2024 ermöglichen es, dass angeklagte oder verurteilte Straftäter von ihrer strafrechtlichen Verantwortung befreit werden, wenn sie der russischen Armee beitreten. Diese Bestimmungen gelten für alle Straftaten mit Ausnahme von Sexualstraftaten gegen Minderjährige, Terrorismus oder Straftaten gegen die verfassungsmässige Ordnung und die Staatssicherheit. Die Situation von Überlebenden und Opfern wird nicht erwähnt, und ihre Interessen werden nicht geschützt. Dies hat nach Angaben von *Mariana Katzarova* bereits jetzt negative Auswirkungen auf die weiblichen Opfer von Gewalt. So wurde Iwan Rossomachin, der 2020 wegen Mordes zu 14 Jahren Haft verurteilt wurde, freigelassen, nachdem er sich der Wagner-Gruppe im Krieg gegen die Ukraine angeschlossen hatte. Zurück in seinem Dorf vergewaltigte und tötete er eine 85-jährige Frau, was zu einer neuen 23-jährigen Haftstrafe führte. Nur acht Tage später, im August 2024, wurde er freigelassen, weil er sich erneut für den Krieg gemeldet hatte (UN General Assembly, Oktober 2024). Von September 2023 bis März 2024 wurden 19 Fälle dokumentiert, in welchen zuvor wegen der Teilnahme am Ukraine-Krieg begnadigte Straftäter nach der Rückkehr neue geschlechtsspezifische Straftaten begangen hatten. Darunter waren auch sexuelle Übergriffe auf Kinder, die in zwei Fällen zum Tod führten (HRC, September 2024).

2.4 Schutz vor Gewalt gegen Frauen im Nordkaukasus

Nordkaukasus: Gewalt gegen Frauen oft eng mit patriarchalischen Traditionen verwoben und straflos. Im Nordkaukasus werden Frauen systematisch ihre Rechte verweigert (HRC, September 2024). Gewalt gegen Frauen und Mädchen, einschliesslich häuslicher Gewalt, ist in der Nordkaukasusregion nach Einschätzung von *Mariana Katzarova* ein bedeutendes Menschenrechtsproblem, das eng mit den patriarchalischen Traditionen der Region verwoben ist und straflos bleibt, was das Problem noch verschärft (UN General Assembly, Oktober 2024). Das *in der Nordkaukasus tätige Krisenzentrum Marem* verzeichnet einen Anstieg der Zahl der Frauen, die Hilfe suchen, insbesondere wegen häuslicher Gewalt oder Zwangsverheiratung (HRC, September 2024).

Nordkaukasus: Straflosigkeit bei Morden im Namen der «Ehre». Morde im Namen der «Ehre», bei denen Frauen von männlichen Verwandten getötet werden, um «die Familienehre wiederherzustellen», und die in der Regel ungestraft bleiben, sind ein andauerndes Problem. Zwischen 2008 und 2017 wurden in 39 Fällen, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Nordkaukasusregion gemeldet wurden, die Täter zu milden Strafen verurteilt oder gar freigesprochen, weil das Verhalten des Opfers angeblich «unmoralisch» gewesen sei (UN General Assembly, Oktober 2024). Aktuelle Statistiken liegen laut des Berichts von *Mariana Katzarova* nicht vor, da derartige Verbrechen nicht gemeldet, untersucht und strafrechtlich verfolgt werden (HRC, September 2024). Häufig waren die Strafverfolgungsbehörden an diesen Verbrechen beteiligt oder haben sie geduldet (UN General Assembly, Oktober 2024).

Nordkaukasus: Mangelhafter staatlicher Schutz für Betroffene von häuslicher Gewalt. Überlebende von häuslicher Gewalt im Nordkaukasus haben laut USDOS Schwierigkeiten, bei den Behörden Schutz zu suchen. Es werde demnach berichtet, dass Frauen, die sich gegen häusliche Gewalt wehrten, selbst als Verbrecherinnen angeklagt wurden (USDOS, 2024).

Nordkaukasus: Opfer, die fliehen, werden von Verwandten unter Mithilfe von Behörden zur Rückkehr gezwungen. Der Mangel an Rechtsschutz und Unterstützungsdiensten für Frauen in der Region zwingt laut *Mariana Katzarova* viele Betroffene dazu, zu fliehen, da dies die einzige Möglichkeit sei, der Gewalt zu entkommen (UN General Assembly, Oktober 2024). Diejenigen, die fliehen, werden aber von Verwandten zur Rückkehr gezwungen, oft unter aktiver Mitwirkung der Strafverfolgungsbehörden (HRC, September 2024).

2.5 Hindernisse bei Schutzsuche für Betroffene wegen fehlendem internen Pass

Inlandpass für Inlandreisen notwendig und neuer Wohnsitz muss Behörden gemeldet werden. USDOS berichtet, dass erwachsene russische Staatsangehörige bei Reisen im Inland einen von der Regierung ausgestellten Inlandpass mit sich führen und sich nach der Ankunft an einem anderen Ort bei den örtlichen Behörden anmelden müssen; dies, obwohl das Gesetz russische Staatsangehörige dazu berechtigt, ihren Wohnsitz frei zu wählen (USDOS, 2024).

Personen ohne internen Pass wird häufig Zugang zu staatlichen Dienstleistungen verweigert. Die Behörden weigern sich laut USDOS häufig, Personen ohne internen Pass oder ordnungsgemässe Registrierung staatliche Dienstleistungen zu erbringen; viele Regionalregierungen schränkten dieses Recht zudem durch Vorschriften zur Wohnsitzregistrierung ein (USDOS, 2024).

Zugang zu Notunterkünften und anderen Einrichtungen für von häuslicher Gewalt Betroffene oft schwierig, da Nachweis über den Wohnsitz in der betreffenden Gemeinde notwendig ist. Oft kontrolliert der Täter die notwendigen Dokumente. Der Zugang zu staatlich betriebenen Einrichtungen wie Sozialwohnungen, Krankenstationen und Notunterkünften ist für von häuslicher Gewalt Betroffene laut USDOS oft kompliziert, weil hierzu ein Nachweis über den Wohnsitz in der betreffenden Gemeinde sowie einen über den Status als

einkommensschwache Person erforderlich sei. In vielen Fällen stehen diese Dokumente unter der Kontrolle der Täter und stehen den Überlebenden nicht zur Verfügung (USDOS, 2024).

3 Quellen

HRC, September 2024:

«A. Women and girls

91.

Violence against women is prevalent due to a lack of legislative protection against domestic violence. Online polls suggest that the prevalence of partner violence against women may be as high as 38.2 per cent, exceeding the 30 per cent global and European averages. 92. Many prisoners have fought in Ukraine in return for being pardoned, including some convicted of gender-based violence, such as femicide. On their return, some have committed new gender-based crimes: 19 cases were documented from September 2023 to March 2024. Among those cases were sexual assaults against children, with two instances resulting in death. 93. Participation in the war is considered a mitigating circumstance by judges, thus obstructing women seeking redress from violence. It can result in reduced penalties, such as shorter prison sentences or just a fine for the perpetrator. [...]

IX. Human rights in the North Caucasus [...] D. Women and girls

128. In the North Caucasus, women are systematically denied their rights and subjected to “honour killings” – murdered with impunity by relatives to “restore family honour” over suspected “inappropriate behaviour”. In 2017, of 39 recorded cases, only 14 went to trial. More recent statistics are absent owing to the lack of reporting, investigation and prosecution of such crimes.⁸⁷ 129. The Marem Crisis Centre has seen a rise in women seeking help, especially because of domestic violence or forced marriage. Those fleeing are coerced by relatives to return, often with the active complicity of law enforcement.⁸⁸

130. Female genital mutilation is not outlawed and continues to be performed on young girls, primarily in Dagestan, at home or in private clinics, with an estimated 1,240 victims annually.⁸⁹ In January 2022, the first criminal female genital mutilation case in the Russian Federation was heard involving a 9-year-old girl in Ingushetia. The doctor who performed the procedure was charged with “causing minor harm to health”, leading to minimal punishment.⁹⁰» Quelle: UN Human Rights Council (formerly UN Commission on Human Rights) (HRC), Situation of human rights in the Russian Federation; Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Russian Federation, Mariana Katzarova [A/HRC/57/59], 13. September 2024, S. 13;16;18: <https://www.ecoi.net/en/file/local/2115182/q2415525.pdf>.

RFE/RL, 2025:

«Divorce Discouraged

As birth rates fall, divorces are apparently rising. Elena Mikhailova, an adviser at the state-supported Russian Public Opinion Research Center (VTsIOM), claimed that, in 2024, there were eight divorces registered for every 10 new marriages.

In September 2024, a lawmaker from Russia's ruling United Russia party, submitted legislation to the State Duma that would require courts to give spouses seeking divorce a three-month period to reconcile and mandate psychological consultations for the pair.

If it becomes law, couples would also be required to undergo "reeducation" in cases where they have underage children, or where one spouse wants to preserve the marriage while the other does not.

That part of the bill looks to be particularly threatening for victims of domestic violence, which remains rife in Russia and was partially decriminalized in 2017.

According to research by the Consortium of Women's NGOs, at least 2,284 women died from domestic violence in 2022–2023, 93 percent of them killed by their partners.»

Quelle: Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL), Russia's 'Year Of The Family' Has Meant A War On Abortion And Divorce, 13. Januar 2025: <https://www.ecoi.net/de/dokument/2120722.html>.

UN General Assembly, Oktober 2024:

«17. Russian courts also wield significant discretion in determining what constitutes a mitigating circumstance, including for violent crimes.12 Judges have considered participation in the war against Ukraine as a mitigating factor leading to lesser punishment in 87.5 per cent of criminal cases involving battery and 61 per cent of other cases related to domestic violence.13 [...]

C. Women and girls

70. Russian authorities have an obligation to address and prevent crimes of torture and ill-treatment. This entails an obligation to legislate against and criminalize all forms of violence, including gender-based violence against women and girls, such as domestic violence, forced marriage, sexual violence, female genital mutilation, violence in the name of "honour" and "honour killings".

71. The Russian Federation lacks a dedicated law criminalizing gender-based violence, and legal protections for women and girls are also lacking. There is no legal definition of domestic violence or a comprehensive system designed to address victims' needs. In 2021, the European Court of Human Rights noted the structural and systemic dysfunction of the Russian legal system in cases of domestic violence.47

72. First-time, non-aggravated battery against family or household members was decriminalized and made an administrative offence in 2017, with significantly reduced penalties commensurate to a parking fine. This indicated that the Government no longer viewed domestic abuse as a serious crime, normalizing violence as part of "traditional values".

73. Many cases of domestic abuse are treated as "private prosecution" cases, requiring the victim to independently collect medical evidence, draft and file a lawsuit, and then bring the case to court without any support from the police or prosecutor. For victims of sexual crimes, the experience of seeking justice can be retraumatizing: survivors are required to repeat their statements at every stage of the process, multiple times, and

confront the perpetrator directly at the trial, or else risk having the proceedings terminated.

74. The Criminal Code contains a narrow definition of rape and other sexual crimes, requiring coercion and the use or threat of violence or abuse of the “victim’s state of helplessness”. There is no explicit recognition of rape in marriage.

75. The lack of a victim protection system exposes victims to further abuse, since the accused is often the husband or intimate partner with whom the victim resides. There is no provision for restraining orders, and shelters and victim support services are lacking, particularly in rural and remote areas.

76. A June 2023 law⁴⁸ and subsequent March and October 2024 amendments⁴⁹ allow accused or convicted criminals to be released from criminal liability if they join the Russian army. These provisions apply to all offences except for sexual offences against minors, terrorism, or crimes against the constitutional order and State security. The situation of survivors and victims is not mentioned, and their interests are not protected. Already this is having a negative impact on women victims of violence.

77. Ivan Rossomakhin, sentenced to 14 years’ imprisonment for murder in 2020, was released after joining the Wagner Group in the war against Ukraine. Back in his village, he raped and killed an 85-year-old woman, which led to a new 23-year sentence. Just eight days later, in August 2024, he was freed by signing up again for the war.

78. Violence against women and girls, including domestic violence, in the North Caucasus region is a significant human rights issue, deeply intertwined with the region’s patriarchal traditions and persistent impunity that exacerbate the problem.

79. “Honour killings”, whereby women are killed by male relatives to “restore family honour”, usually with impunity, are an ongoing concern. Between 2008 and 2017, in 39 cases reported by civil society organizations in the North Caucasus region, perpetrators received lenient sentences or acquittals based on the supposed “immorality” of the victim’s behaviour. Recent statistics are lacking, a result of their unavailability. Often, law enforcement officials were complicit or acquiescent in these crimes. The lack of legal protection and support services for women in the region forces many to flee as the only means of escape from violence.

80. Female genital mutilation is not outlawed and is practised on girls, primarily at home and in Dagestan,⁵⁰ with over 1,000 girls potentially becoming victims each year in Dagestan alone. Some commercial medical clinics in Ingushetia and Moscow publicly offered these procedures without any fear of repercussion.» Quelle: UN General Assembly, Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Russian Federation, Mariana Katarova; Torture in the Russian Federation: a tool for repression at home and aggression abroad [A/79/508], 11. Oktober 2024, S. 5; 15-16: <https://www.ecoi.net/en/file/local/2117138/n2429180.pdf>.

USDOS, 2024:

«In-country Movement: Although the law gave citizens the right to choose their place of residence, adult citizens had to carry government-issued internal passports while traveling domestically and had to register with local authorities after arriving at a different location. To have their files transferred, persons with official refugee or asylum status had to notify the Ministry of Internal Affairs in advance of relocating to a district other than the one that originally granted them status. Authorities often refused to provide government services to individuals without internal passports or proper registration,

and many regional governments continued to restrict this right through residential registration rules. [...]

***Rape and Domestic Violence:** The law criminalized rape and provided the same punishment for a relative, including a spouse or domestic partner, who committed rape as for a nonrelative. The penalty for conviction of rape was three to six years' imprisonment for a single offense, with additional time imposed for aggravating factors. According to NGOs, many law enforcement personnel and prosecutors did not consider spousal or acquaintance rape a priority and did not encourage reporting or prosecuting such cases. NGOs reported local police officers sometimes refused to respond to rape or domestic violence calls unless the survivor's life was directly threatened. Authorities typically did not consider rape or attempted rape to be life threatening.*

Domestic violence remained a significant problem. The law contained no domestic violence provision nor a legal definition of domestic violence, making it difficult to know its actual prevalence in the country. The law considered beatings by "close relatives" an administrative rather than a criminal offense for first-time offenders, provided the beating did not cause serious harm requiring hospital treatment. The antidomestic-violence NGO ANNA Center estimated 70 percent of women who experienced domestic violence did not seek help due to fear of retribution from a partner, public shame, lack of financial independence from their partners, or lack of confidence in law enforcement authorities. Laws addressing bodily harm were general in nature and did not permit police to initiate a criminal investigation unless the survivor filed a complaint. The burden of collecting evidence in such cases typically fell on the survivors through a process known as private prosecution, which the ANNA Center stated severely disadvantaged survivors. The law prohibited threats, assault, battery, and killing, but most acts of domestic violence did not fall within the jurisdiction of the Prosecutor's Office. The law did not provide for protection orders; experts believed protection orders could be a tool to keep women safe from experiencing recurrent violence by their partners.

On February 7, the ECHR ruled Russian authorities violated Article 3 of the European Convention against Torture during an investigation into the alleged sexual abuse of a minor. The survivor alleged investigators interviewed her 23 times and put her in direct contact with her abusers, resulting in her retraumatization. In 2021, the ECHR ruled in a separate case that Russian authorities had violated the European Convention on Human Rights by failing to establish a legal framework for combating the "staggering scale" of domestic violence and holding the perpetrators to account.

According to NGOs, police were often unwilling to register complaints of domestic violence, stating cases were "family matters," frequently discouraged survivors from submitting complaints, and often pressed survivors to reconcile with abusers. Most domestic violence cases filed with authorities were either dismissed on technical grounds or transferred to a reconciliation process conducted by a justice of the peace whose focus was on preserving the family rather than punishing the perpetrator. NGOs estimated only 3 percent of such cases eventually reached the courts. Survivors of domestic violence in the North Caucasus experienced difficulty seeking protection from authorities. There were reports women defending themselves from domestic violence were charged with crimes.

NGOs noted government-operated institutions provided services to affected women such as social apartments, hospital wards, and shelters. Access to these services was often complicated, since they required proof of residency in that municipality, as well

as proof of low-income status. In many cases, these documents were controlled by the abusers and not available to survivors.

There were reports government agents incited, perpetrated, and condoned gender-based violence in the course of the country's war in Ukraine.» Quelle: US Department of State (USDOS), 2023 Country Reports on Human Rights Practices: Russia, 23. April 2024: <https://www.ecoi.net/de/dokument/2108736.html>.

Als führende Flüchtlingsorganisation der Schweiz und Dachverband der in den Bereichen Flucht und Asyl tätigen Hilfswerke und Organisationen steht die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) für eine Schweiz ein, die Geflüchtete aufnimmt, sie wirksam schützt, ihre Grund- und Menschenrechte wahrt, ihre gesellschaftliche Teilhabe fördert und ihnen mit Respekt und Offenheit begegnet. In dieser Rolle verteidigt und stärkt sie die Interessen und Rechte der Schutzbedürftigen und fördert das Verständnis für deren Lebensumstände. Durch ihre ausgewiesene Expertise prägt die SFH den öffentlichen Diskurs und nimmt Einfluss auf die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen.

Weitere Publikationen der SFH finden Sie unter www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen. Der regelmässig erscheinende Newsletter informiert Sie über aktuelle Veröffentlichungen, Anmeldung unter www.fluechtlingshilfe.ch/newsletter.